



Die Südostschweiz am Sonntag, 12. September 2010

Der Kanton St. Gallen lässt Behinderte im Regen stehen

Das Sparprogramm des Kantons auf Kosten der Behinderten schafft Verunsicherung. In der Stiftung Balm sorgen sich die Verantwortlichen um die Zukunft ihrer 300 Schützlinge.

Entgegen der Vereinbarungen der letzten Jahre sollen Behinderteneinrichtungen nun mitverzichteten, wenn

der Kanton sein Sparprogramm umsetzt. Offen ist wie stark, wo – und ob überhaupt. Die Regierung gibt sich bedeckt; die Verantwortlichen wissen nicht, wie sie das Budget 2011 planen sollen und ob sie mit dem bisherigen Personalbestand rechnen dürfen.

Nicht mit rechten Dingen

«Eine schmerzliche Qualitätseinbusse steht uns schlimmstenfalls bevor»,

heisst es aus der Stiftung Balm in Rapperswil-Jona, und Peter Hüberli, Präsident des kantonalen Vereins der sozialen Institutionen für Behinderte (Insos/Visg), meint: «Wir können uns kaum wehren.» Die Verantwortung für die Behinderten, die der Kanton mit dem neuen Finanzausgleich übernommen hat, ist noch nicht gesetzlich verankert. Deshalb bewege man sich in einem rechtsfreien Raum.

«16 Gründe gegen das Sparen bei den Schwächsten» hat die Visg ausgearbeitet. Der Kanton torpediere mit dem Sparprogramm sein eigenes Behindertenkonzept und schiebe Kosten auf die Krankenkassen ab, heisst es im Argumentarium. Weiter hegt die Visg den Verdacht, der Kanton operiere bei der Finanzplanung «mit Zahlen, die nicht der Wirklichkeit entsprechen». (bt) **BERICHT SEITE 3**

«Wir behindern euch, wenn ihr uns behindert»



«Am rechten Ort gesparrt»: Kürzungen würden die bestmögliche Betreuung der Menschen mit Behinderung in der Stiftung Balm gefährden.

Bild Brigitte Tiefenauer

«So nicht!» Behinderteninstitutionen kritisieren das Sparprogramm der Regierung und fragen sich gar, ob da alles mit rechten Dingen zugeht.

Von Brigitte Tiefenauer

«Ich verstehe nicht, dass der Kanton den Behinderteneinrichtungen bis 10 Millionen Franken Unterstützungskürzungen zumutet und gleichzeitig dem maroden FC SG 4 Millionen Franken zuschiebt.» Peter Hüberli, Präsident des Vereins der sozialen Institutionen für Menschen mit einer Behinderung des Kantons St. Gallen (Inso/Visg) ist empört, dass der Kanton sein Sparprogramm «konzeptlos und auf dem Buckel der Schwächsten» austrägt.

Das Programm ist bekannt. Aufgrund befürchteter, wirtschaftlich bedingter Steuerausfälle will der Kanton St. Gallen nächstes Jahr 73 Millionen und 2012 und 2013 je 180 Millionen Franken einsparen. Mitsparen sollen auch die Behinderten. Die Kantonsbeiträge für die drei Dutzend sanktgallischen Einrichtungen mit total 1300 Wohn- und 1800 Werkstattplätzen werden voraussichtlich um 5

bis 10 Prozent gekürzt. Zu den Betroffenen gehört auch die Stiftung Balm, die Institution in Rapperswil-Jona verfügt über ein Wohn- und Arbeitsangebot für 300 Behinderte.

«Wir fühlen uns hintergangen»

Unter «16 Gründen gegen das Sparen bei den Schwächsten» erinnert die Visg an erster Stelle an das Versprechen des Kantons im Zuge des Neuen Finanzausgleichs (NEA) im Jahr 2007. Damals habe der Kanton versichert, den Ausgaben für Behinderte wachsen zu sein. In der neuen Verantwortung und gemäss Bundesbeschluss verpflichtete er sich, die Behinderteneinrichtungen während einer Übergangsfrist von drei Jahren im bisherigen Umfang zu unterstützen und gleichzeitig ein kantonales Behindertenkonzept zu entwickeln. «Ein gutes Konzept», lobt Hüberli, «das unter anderem ein Profil und einen individuellen Betreuungsbedarf für jede Einrichtung festlegt.» Die vorbereitende Kommission des Bundesrates hat es im Juni genehmigt und der Bund hat sich damit von seiner Verantwortung verabschiedet – «leider» vor dem Vollzug des dazugehörigen kantonalen Behindertengesetzes. «Damit fehlt uns die Rechtsgrundlage, derweil

der Kanton mit dem Rasenmäher-Sparprogramm sein eigenes Konzept torpediert», ärgert sich Hüberli. «Wir fühlen uns hintergangen.»

«Wissen nicht, was uns erwartet»

Die Aussichten für die Behinderteneinrichtungen sind düster. «Wir sind besorgt», sagt Pascal Croci, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Stiftung Balm. «80 Prozent unserer Aufwendungen sind Personalkosten. Hier Abstriche zu machen, heisst, dass wir uns weniger gut um die uns anvertrauten Menschen kümmern können. Das tut weh – umso mehr, weil wir uns bereits 2004 einem Sparprogramm des Bundes unterziehen mussten.»

Heute, zwei Monate nach der Hiobsbotschaft des kantonalen Amtes für Soziales, gibt der Kanton noch immer nicht preis, ob die Sparmassnahmen Betriebsbeiträge, Bau- und Investitionsbeiträge, die Regulierung neuer Heimplätze oder alles zusammen betrifft. «Somit lassen sich die Einschränkungen weder in Franken ausdrücken, noch können wir eine konkrete Budgetplanung machen», sagt Erich Bertschi, Leiter Produktion und Dienstleistung der Stiftung Balm.

Ende August hat sich die Visg schriftlich bei der Regierung erkundigt, wie

es nun um Kantonsfinanzen und Sparauflagen stünde. Die Antwort war «nebulös und weit entfernt von zufriedenstellend», so Hüberli (siehe Box).

Der ehemalige Kantonsrat ist darüber nicht nur enttäuscht, sondern auch skeptisch. Die Finanzlage des Kantons sei normalerweise Ende August bekannt. Zudem hätten der Bund und einige Kantone die Budgetbefürchtigungen bereits korrigiert. «Die Zahlen, mit denen der Kanton St. Gallen bei den Sparmassnahmen operiert, entsprechen möglicherweise nicht der Wirklichkeit», so Hüberli.

Referendum steht zur Diskussion

An einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung letzten Dienstag hat die Inso über Aktivitäten gegen die Sparmassnahmen beraten. Die Vorschläge reichen vom «Aktionstag Behinderung» über eine Demonstration in St. Gallen bis hin zur Initiierung eines Referendums gegen das Budget des Kantons.

Letzteres insbesondere gegen die Unterstützung des FC St. Gallen «mit Geld sozusagen, das der Kanton bei den Behinderten spart» – und frei nach dem Motto: «Wir behindern euch, wenn ihr uns behindert.»

«Das ist ein Skandal»

Heftig reagiert der Schweizerische Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) auf die Sparbestrebungen des Kantons: «Das ist ein Skandal!» Es sei befremdlich, dass der Kanton die ihm vom Bund übertragene Verantwortung für die Behinderteninstitutionen missbrauche, um auf dem Buckel der Schwächsten zu sparen. «Der Kanton hat Reserven und die Aussichten auf einen positiven Abschluss 2010 sind trotz gesenkter Steuern intakt.» (bt)

«Auf der Basis des Vertrauens»

Im August erkundigte sich der Branchenverband Visg bei der Regierung nach dem definitiven Sparvolumen zulasten der Behinderteneinrichtungen, nach der Verträglichkeit des individuellen Betreuungskonzepts mit der nun linearen Beitragskürzung und nach Tipps, um einen Qualitätsabbau in der Betreuung zu vermeiden. Über Details sei noch nichts entschieden, so die Antwort der zuständigen Departementsvorsteherin Kathrin Hilber vom 6. September. Hilber betont, dass der Kanton «aus

Gründen des Vertrauens und der Transparenz frühzeitig über die Rahmenbedingungen informiert» habe. Sie verspricht «verträgliche und gerechte Lösungen, die weder einen Abbau von Betreuungsplätzen noch von Betreuungsqualität zur Folge» hätten. Bei Entscheidungen über Sparmassnahmen in den einzelnen Einrichtungen mutet Kathrin Hilber der Visg «eine erhebliche Mitverantwortung» zu. Sie verfolge ihre Politik deshalb «mit grossem Interesse und einer gewissen Sorge». (bt)

Eine einfache Anfrage

Weil die Regierung noch nicht wie üblich über die Entwicklung der Rechnung 2010 informiert hat, fragte Kantonsrat Peter Hartmann (SP/Flawil) im August nach deren Stand. In der Antwort vom 7. September weist die Regierung darauf hin, dass die «Kommunikation zu den Budgetwerten Ende September» erfolge. Sie merkt an, dass die «Steuererträge besser als erwartet» ausfallen, dass sich hingegen «erhebliche Verschlechterungen bei den Erträgen aus dem Bundesfinanzausgleich abzeichnen». (bt)